



Pressemitteilung

Ein Friedensaufruf ist kein Verbrechen!

Sowohl die Verhaftungen von Studierenden der Bosphorus Universität, die sich gegen die Belagerung von Afrin und für das Recht auf Leben und Frieden aussprachen, als auch die jüngsten Urteile gegen unsere akademischen Freund*innen und Unterzeichner*innen der Petition der Akademiker*innen für den Frieden, haben uns erneut in den letzten Tagen gezeigt, wie hochgradig gefährlich es ist, sich in der Türkei für den Frieden einzusetzen.

Das von Erdoğan geführte Regime, das seit der Verkündung der Friedenspetition im Jahr 2016 Hunderte von Akademiker*innen mit Ermittlungen seitens des Hochschulrats, YÖK, quälte, sie von ihren Stellen suspendierte, per Notstandsdekret vom öffentlichen Dienst ausschloss, ihre Rechte entzog und nun auch verschiedenste oppositionelle Gruppen mit Terrorismusvorwürfen vor Gericht stellt, setzt seine repressive Haltung der Intoleranz gegenüber uns Akademiker*innen weiter fort. Es werden alle oppositionellen Personen zur Zielscheibe gemacht und ihnen fiktive Straftaten unterstellt. Wenn es aber eine Straftat gibt, dann besteht sie darin, dass die Regierung tausende Menschen tötete und dutzende Städte verwüstete, um ihre verlorene politische Macht mit der Erzeugung einer rassistisch-nationalistischen Atmosphäre wiederherzustellen.

Mittlerweile befinden sich einige der Verfahren, die seit Dezember 2017 gegen die Akademiker*innen für den Frieden lanciert worden sind, in der dritten Anhörung. Erste Gerichtsentscheidungen sind schon gefallen. Am 23. Februar 2018 wurden zunächst drei Friedensakademiker*innen zu 15-monatigen Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie keinen Rückzieher machten und sich zu ihren Unterschriften bekannten. Seitdem sind in der letzten Woche erneut neun unserer Kolleg*innen zur gleichen Strafe verurteilt worden. Dabei betonte das Gericht, dass sie keine Reue gezeigt hätten.

Wir erklären hiermit noch einmal, dass wir zu den gewissenhaften und mutigen Jugendlichen stehen, die Transparente für den Frieden hoch hielten, dass wir zu all den Friedensakademiker*innen stehen, die mit ihrer widerständigen Haltung und Verteidigungen in den Gerichtssälen für ihre Freiheit kämpfen, und dass wir zu all den Studierenden, Akademiker*innen, Journalist*innen, Schriftsteller*innen, Künstler*innen, Aktivist*innen und Parlamentsabgeordneten stehen, die wegen ihrer politischen Überzeugungen inhaftiert sind, und betonen nachdrücklich, dass Frieden zu fordern kein Verbrechen ist.

Wissenschaftler*innen für den Frieden – Deutschland

Berlin, 14.04.2018

